

# Inhaltsübersicht

## *Kapitel 1*

### **Einleitung** 27

A. Einführung .....	27
B. Anlass der Untersuchung .....	30
C. Gang der Untersuchung .....	34

## *Kapitel 2*

### **Grundlagen des Massenentlassungsrechts** 36

A. Begriffsbestimmung und Regelungsanlass .....	36
B. Entstehungsgeschichte des Massenentlassungsrechts .....	38
C. Konzeption und jüngster Wandel des nationalen Massenentlassungsrechts	55

## *Kapitel 3*

### **Die Einbeziehung von Arbeitnehmern mit Sonderkündigungsschutz in das Massenentlassungsverfahren** 92

A. Berücksichtigung von Arbeitnehmern mit Sonderkündigungsschutz im Massenentlassungstatbestand .....	92
B. Der Entlassungsbegriff in der bisherigen Rechtsprechung .....	111
C. Rechtliche Revision des national erweiterten Entlassungsbegriffs .....	129
D. Ergebnis und Folgefragen .....	249

## *Kapitel 4*

### **Praktische Konsequenzen der Ausweitung des Entlassungsbegriffs** 251

A. Verfahrensrechtliche Bindung der Arbeitsgerichtsbarkeit .....	252
B. Reichweite der verfassungskonformen Ausweitung des Entlassungsbegriffs	257
C. Resultierende Rechtsfragen für das Massenentlassungsverfahren .....	285
D. Bilanz der Konsequenzen .....	299

*Kapitel 5*

<b>Schlussthesen</b>	301
A. Thesen des 2. Kapitels	302
B. Thesen des 3. Kapitels	303
C. Thesen des 4. Kapitels	309
<b>Literaturverzeichnis</b>	312
<b>Stichwortverzeichnis</b>	337

# Inhaltsverzeichnis

## *Kapitel 1*

### **Einleitung** 27

A. Einführung .....	27
B. Anlass der Untersuchung .....	30
I. Zugrundeliegender Sachverhalt .....	31
II. Entscheidungen des BAG und des BVerfG im Überblick .....	32
III. Problemstellung .....	32
C. Gang der Untersuchung .....	34

## *Kapitel 2*

### **Grundlagen des Massenentlassungsrechts** 36

A. Begriffsbestimmung und Regelungsanlass .....	36
I. „Massenentlassung“ und „Massenentlassungsrecht“ .....	36
II. Regelungsanlass – Interessenlage bei Massenentlassungen .....	37
B. Entstehungsgeschichte des Massenentlassungsrechts .....	38
I. Nationale Gesetzgebungsentwicklung .....	39
1. Weimarer Republik als Ausgangspunkt der gesetzlichen Regulie- rung .....	39
a) Demobilmachungsverordnung .....	40
b) Erste Modifikationen durch die Betriebsstilllegungsverordnung .....	41
2. Die Weltwirtschaftskrise 1923 und das Bedürfnis nach einem neuen Massenentlassungsschutz .....	42
3. Reichseinheitliches Arbeitsrecht durch das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit .....	43
4. Der Weg zu einem bundeseinheitlichen Massenentlassungsrecht ...	44
a) Zersplitterung des Massenentlassungsrechts nach dem Zweiten Weltkrieg .....	44
b) Vereinheitlichung des Massenentlassungsschutzes .....	45
c) Formale Änderungen unter Stillstand des materiellen Gehalts ..	46
d) Neuer Impuls durch den Europäischen Gesetzgeber .....	47
aa) Das Zweite Gesetz zur Änderung des KSchG .....	47
bb) Anpassung arbeitsrechtlicher Bestimmungen an das europäi- sche Recht .....	48

e) Schlafender Gesetzgeber .....	49
5. Zwischenergebnis .....	50
II. Europäische Gesetzgebungsentwicklung .....	50
1. AKZO-Konzern als „Startschuss“ des europäischen Massenentlassungsrechts .....	51
2. Massenentlassungs-Änderungsrichtlinie .....	52
3. ME-RL .....	53
4. Öffnung der ME-RL für Betriebe der Schifffahrt .....	54
III. Zwischenfazit .....	54
C. Konzeption und jüngster Wandel des nationalen Massenentlassungsrechts .....	55
I. Zielsetzung des europäischen Massenentlassungsrechts .....	55
1. Arbeitnehmerschutz und wettbewerbsmotivierte Harmonisierung ..	56
2. Begrenzte Bedeutung arbeitsmarktpolitischer Ziele? .....	57
II. Traditioneller Zweck des deutschen Massenentlassungsrechts .....	59
1. Fokussierung auf arbeitsmarktpolitische Ziele .....	60
2. Keine Berücksichtigung von Individualinteressen der Arbeitnehmer?	61
III. Wandel durch Umsetzung des europäischen Massenentlassungsrechts .....	62
1. Grundlagen der Richtlinienwirkung .....	62
a) Verbindlichkeit ohne unmittelbare Wirkung .....	62
b) Mitgliedstaaten als Adressaten der Umsetzungspflicht .....	63
c) Umsetzungsmöglichkeiten .....	64
2. Umsetzung der Richtlinien im deutschen Recht .....	64
a) Vorläufige Umsetzungsschwierigkeiten auf nationaler Ebene ...	65
aa) Vergeblicher Ruf nach dem Gesetzgeber .....	65
bb) Richtlinienkonforme Auslegung als methodischer Motor des Umsetzungsprozesses? .....	66
cc) Die „Junk“-Entscheidung als Wendepunkt .....	67
b) Arbeitnehmerschutz als neuer Schwerpunkt des Massenentlas- sungsrechts .....	68
aa) Methodologische Sperre durch den Willen des nationalen Gesetzgebers? .....	69
bb) Vorrang des Arbeitnehmerschutzes im Wege richtlinienkon- former Auslegung .....	71
(1) Ambivalenz zwischen arbeitsmarktpolitischer und arbeitnehmerschützender Zielsetzung .....	72
(2) Überwindung des Konzeptunterschiedes .....	73
cc) Ausprägung des Arbeitnehmerschutzes anhand ausgewählter Aspekte des nationalen Massenentlassungsrechts .....	74
(1) Arbeitnehmerschutz im Anzeigeverfahren nach § 17 Abs. 1 KSchG – Entgegenstehen des öffentlich-recht- lichen Charakters? .....	74
(2) Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen im Rah- men des Konsultationsverfahrens .....	76

(3) Unwirksamkeitsrechtsfolge der Kündigung als Ausprägung des Arbeitnehmerschutzes .....	79
(4) Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes – Bestandsaufnahme der Rechtswirklichkeit im Massenentlassungsrecht .....	81
c) Zwischenergebnis .....	85
3. Arbeitnehmerschutz ohne Individualschutz? .....	85
a) Gesamtheitlicher Arbeitnehmerschutz nach Mauthner .....	85
b) Stellungnahme .....	86
IV. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung .....	90

### Kapitel 3

#### **Die Einbeziehung von Arbeitnehmern mit Sonderkündigungsschutz in das Massenentlassungsverfahren** 92

A. Berücksichtigung von Arbeitnehmern mit Sonderkündigungsschutz im Massenentlassungstatbestand .....	92
I. Verhältnis von Massenentlassungs- und Sonderkündigungsschutz ....	92
1. Grundprinzipien des Kündigungsschutzrechts .....	93
2. Verhältnis zum allgemeinen Kündigungsschutz .....	95
3. Verhältnis zum besonderen Kündigungsschutz .....	98
4. Zwischenergebnis .....	99
II. Ausschluss durch den rechtlichen Rahmen des Massenentlassungsrechts? .....	100
1. Vorliegen einer „Massenentlassung“ – sachlicher Anwendungsbereich .....	100
2. Persönlicher Anwendungsbereich .....	102
3. Zwischenergebnis .....	103
III. Faktischer Ausschluss durch strikte Anwendung der §§ 17 ff. KSchG .....	103
IV. Anpassungsmöglichkeiten des Anwendungsbereichs .....	107
1. Anpassung der 30-Tages-Frist .....	107
a) Ausdehnungsmöglichkeit der 30-Tages-Frist? .....	107
b) Grenzen der Ausdehnung .....	108
aa) Wortlaut als Grenze .....	108
bb) Gesetzgeberische Intention .....	108
c) Zwischenergebnis: Ausdehnungsuntauglichkeit der 30-Tages-Frist .....	109
2. Anpassung des Anknüpfungspunktes – der Entlassungsbegriff ....	110
V. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung .....	111
B. Der Entlassungsbegriff in der bisherigen Rechtsprechung .....	111
I. Ursprüngliche Auslegung durch das BAG .....	111
II. Entlassungsbegriff nach „Junk“ .....	112

1. Vorgaben der ME-RL .....	112
2. Klarstellung durch den EuGH in der Sache „Junk“ .....	113
3. Berücksichtigung in der Rechtsprechung des BAG .....	115
III. Konkretisierung des Entlassungsbegriffs durch den EuGH .....	116
1. Einseitige Vertragsänderung und Änderungskündigung .....	116
2. Vertragsaufhebung als zwingende Voraussetzung? .....	118
3. Zwischenergebnis .....	119
IV. Maximen der Auslegungsergebnisse .....	120
V. Zwischenergebnis .....	122
VI. Nationale Erweiterung des Entlassungsbegriffs in der Rechtsprechung .....	122
1. BAG v. 25.4.2013 – 6 AZR 49/12 .....	122
a) Entscheidungsgründe .....	123
b) Zwischenergebnis: Keine Sonderbehandlung bei Sonderkündigungs- schutz .....	124
2. Urteilsverfassungsbeschwerde beim BVerfG v. 8.6.2016 – 1 BvR 3634/13 .....	124
a) Entscheidungsgründe .....	124
aa) Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG .....	125
bb) Mittelbare geschlechtsspezifische Diskriminierung, Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG .....	126
cc) Lösung: Verfassungskonforme Auslegung .....	126
b) Zwischenergebnis: Neudefinition des Entlassungsbegriffs .....	127
3. BAG v. 26.1.2017 – 6 AZR 442/16 .....	127
a) Entscheidungsgründe .....	127
b) Zwischenergebnis: Zustimmung und Kritik des BAG .....	128
VII. Fazit .....	129
C. Rechtliche Revision des national erweiterten Entlassungsbegriffs .....	129
I. Unionsrechtskonformität des Vorgehens .....	130
1. Zuständigkeit für die Auslegung im unionsrechtsdeterminierten Bereich .....	132
a) Grundsatz der autonomen Auslegung des Unionsrechts .....	132
b) Zuständigkeit des EuGH für die autoritative Auslegung des Unionsrechts .....	133
aa) Verteilung der autoritativen Auslegungskompetenz bei Richtlinien .....	134
bb) Verteilung der Auslegungskompetenzen im Massenentlas- sungsrecht .....	135
cc) Zwischenergebnis .....	137
c) Ausnahmen im Bereich günstigerer Umsetzungsregelungen ....	137
aa) Überschießende Richtlinienumsetzung und inhaltliche Über- erfüllung .....	138
(1) Überschießende Richtlinienumsetzung und deren ausle- gungstechnischen Folgen .....	139

(2) Inhaltliche Übererfüllung .....	140
bb) Anwendung auf den Untersuchungsgegenstand .....	141
cc) Auslegungskompetenz vermittelt durch die Öffnungsklausel des Art. 5 ME-RL? .....	141
(1) Typisierung und Legitimation von Öffnungsklauseln arbeitsrechtlicher Richtlinien .....	142
(a) Nationale Legitimation der Rechtssetzungskompe- tenz im unionsrechtlichen Gewand .....	143
(b) Klarstellungs- und Präzisierungsfunktion von Öffnungsklauseln .....	144
(2) Begriff der „Mitgliedstaaten“ i. S. d. Art. 5 ME-RL ....	145
(a) Wortlautargument .....	145
(b) Keine Indikation durch Kompetenzwahrnehmung der Mitgliedstaaten .....	146
(c) Bestätigung durch primärrechtliche Vorgabe des Art. 153 Abs. 4 AEUV .....	147
(d) Gewaltenteilung als folgenorientiertes Argument ..	148
(3) Vorlagepflicht bezüglich Art. 5 ME-RL? .....	149
(a) Grundlagen der Vorlagepflicht nach Art. 267 Abs. 3 AEUV .....	149
(b) Acte clair durch primärrechtliche Vorzeichnung des Kompetenzgefüges .....	151
(c) Zwischenfazit: Nicht verpflichtende Chance zur Klarstellung .....	152
dd) Zwischenergebnis .....	153
d) Zwischenfazit: Auslegungszuständigkeit im unionsrechtsdetermi- nierten Bereich .....	153
2. Grundrechtlicher Auslegungsmaßstab im europäischen Mehrebenen- system .....	154
a) Überprüfung von Umsetzungsgesetzen an der nationalen Verfas- sung? .....	155
aa) Anwendungsbereich der Grundrechtecharta .....	156
(1) „Durchführung von Unionsrecht“, Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC .....	156
(2) Übertragung auf das Massenentlassungsrecht .....	157
bb) Nationaler und europäischer Grundrechtsschutz im Anwen- dungsbereich des Unionsrechts .....	158
(1) Geltungsgrund des Anwendungsvorrangs .....	158
(a) Europarechtliche Theorie des EuGH .....	159
(b) Theorie der verfassungsrechtlichen Ermächtigung des BVerfG .....	160
(c) Auflösung der unterschiedlichen Konzeptionen ...	161
(2) Verfassungsrechtliche Ausnahmen als Konsequenz divergierender Herleitung .....	162

(a) Grundrechtskontrolle .....	162
(b) Ultra-vires-Kontrolle .....	163
(c) Verfassungsidentität .....	163
(3) Übertragung auf die Fallkonstellation .....	164
cc) Doppelte Grundrechtsbindung im mindestharmonisierenden Bereich – Verdrängung des Anwendungsvorrangs? .....	165
(1) Differenzierung zwischen Vollharmonisierung und Mindestharmonisierung .....	165
(2) Analyse der ME-RL hinsichtlich Umsetzungsspielräume beim Entlassungsbegriff .....	167
(a) Doppelstufiges Prüfungsprogramm des Determinierungsgrads .....	167
(b) Determinierungsgrad der ME-RL im Allgemeinen .....	168
(c) Determinierungsgrad des Tatbestands der Massenentlassung .....	169
(3) Zwischenergebnis .....	170
dd) Zwischenfazit .....	170
b) Abweichung aufgrund der Öffnungsklausel des Art. 5 ME-RL ..	170
aa) Maßgeblichkeit der nationalen Verfassung im Bereich günstigerer Regelungen .....	172
(1) Normative Vorgabe des Art. 51 Abs. 1 S. 1 GRC .....	172
(2) Bewertung der Rechtsprechung des EuGH .....	174
(3) Zwischenergebnis und Übertragung auf die verfassungskonforme Auslegung .....	176
bb) Vorliegen einer tatsächlich günstigeren Regelung .....	177
(1) Schutzrichtung des Günstigkeitsbegriffs des Art. 5 ME-RL .....	178
(2) Inhalt des Günstigkeitsbegriffs – Verbot einer ambivalenten Regelung .....	178
(3) Günstigkeitsvergleich als Prüfungsmechanismus .....	179
(4) Günstigkeit des verfassungskonform erweiterten Entlassungsbegriffs .....	180
cc) Immanente Schranken durch das Gebot des „effet utile“ ..	182
(1) Ausgestaltung der immanenten Schranken im Massenentlassungsrecht .....	183
(2) Wahrung der Grenzen durch den verfassungskonform erweiterten Entlassungsbegriff? .....	185
c) Zwischenergebnis .....	186
3. Allgemeine Prinzipien von Öffnungsklauseln – Abstrahierung der gewonnenen Erkenntnisse .....	186
4. Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung .....	187
II. Zulässige Ausübung nationaler Rechtsmethoden .....	188
1. Wahl der „zutreffenden“ methodischen Grundlage .....	188



a) Die verfassungsorientierte Interpretation als einschlägiger Lösungsmechanismus? .....	189
b) Zwischenergebnis .....	191
2. Die verfassungskonforme Auslegung .....	191
a) Grundlagen .....	192
b) Prinzip der Normerhaltung als Legitimation und Pflicht .....	193
c) Anwendung der verfassungskonformen Auslegung auf den Entlassungsbegriff des § 17 Abs. 1 KSchG .....	193
d) Verfassungswidrigkeit des „klassischen“ Entlassungsbegriffs ...	195
aa) Notwendigkeit eines Verstoßes gegen spezifisches Verfas- sungsrecht .....	195
bb) Allgemeiner Gleichheitssatz, Art. 3 Abs. 1 GG .....	196
(1) Anwendbarkeit neben den speziellen Gleichheitssätzen	197
(2) Vergleichsgruppenbildung .....	199
(3) Ungleichbehandlung von Arbeitnehmern mit behörd- lichem Sonderkündigungsschutz .....	201
(a) Benachteiligung auf tatbestandlicher Ebene .....	201
(b) Faktische Benachteiligung durch „Herausfallen“ aus dem Anzeige- und Konsultationsverfahren? .....	202
(c) Faktische Berücksichtigung durch ex-ante-Beurtei- lung des Arbeitgebers .....	204
(d) Fehlerhaftes Verständnis des BVerfG .....	206
(e) Benachteiligung auf Rechtsfolgenebene .....	207
(4) Zwischenfazit: Kritik und Zustimmung .....	209
cc) Geschlechterspezifische Diskriminierung, Art. 3 Abs. 3 S. 1 GG .....	209
(1) Verbot mittelbarer geschlechterspezifischer Diskriminie- rung? .....	210
(2) Überwiegende Betroffenheit eines Geschlechts .....	213
(3) Elternzeit als Anknüpfungspunkt für die mittelbare Benachteiligung .....	216
(a) Zustand zum Zeitpunkt der Entscheidung .....	217
(b) Dynamisches Wesen des Verbots mittelbarer Benachteiligung .....	217
(4) Strukturgleichheit zu Art. 3 Abs. 1 GG: Erhebliche Nachteile als Unterfall der Ungleichbehandlung .....	218
(5) Zwischenfazit: Methodisch haltbare Realisierung von Geschlechtergerechtigkeit .....	219
dd) Gerechtfertigte Differenzierung aufgrund des Entlassungs- begriffs .....	220
(1) Einheitliche Überprüfung .....	221
(2) Gleichheitsrechtlicher Rechtfertigungsmaßstab .....	222
(a) Grundkonzept zwischen Willkür- und Verhältnismä- ßigkeitsprüfung .....	222

(b) Festlegung auf einen stufenlosen Maßstab . . . . .	222
(3) Intensivierung des Rechtsfertigungsmaßstabs aufgrund von Art. 6 Abs. 1 GG . . . . .	223
(4) Rechtfertigender Nachteilsausgleich aufgrund von § 18 Abs. 1 S. 4 BEEG? . . . . .	225
(a) Schutzkonzept des elternzeitrechtlichen Kündigungsschutzes im Vergleich . . . . .	226
(b) Zwischenfazit: Keine Differenzierung anhand der unternehmerischen Maßnahme . . . . .	227
(5) Abwägung anhand des aufgestellten Rechtfertigungsmaßstabs . . . . .	228
(a) Geeignetheit und Erforderlichkeit des Differenzierungsmittels „Massenentlassungszusammenhang“ . . . . .	229
(b) Entzug individualschützender Position des Arbeitnehmers . . . . .	231
(c) Keine Indikation einer Korrektur durch Art. 12 Abs. 1 GG . . . . .	232
(d) Mangelndes massenentlassungsrechtliches Schutzbedürfnis . . . . .	234
(e) Keine massenentlassungsrechtliche Willkürlichkeit des Ausschlusses . . . . .	237
e) Zwischenfazit: Keine verfassungsrechtliche Notwendigkeit . . . . .	238
3. Überschreitung methodischer Grenzen . . . . .	239
a) Überschreitung der Grenzen verfassungskonformer Auslegung . . . . .	239
aa) Wortlautgrenze des Entlassungsbegriffs . . . . .	240
bb) Prinzipielle Zielsetzung . . . . .	241
b) Überschreitung der Grenzen verfassungskonformer Rechtsfortbildung . . . . .	242
4. Zwischenergebnis und Kritik des BVerfG . . . . .	243
III. Lösung de lege ferenda: Anpassung der Verwaltungsvorschriften zum BEEG . . . . .	244
1. Kündigungsschutz des § 18 Abs. 1 S. 4 BEEG als Anpassungsgegenstand . . . . .	244
2. Anpassung des inhaltlichen Prüfungsmaßstabs nach § 18 Abs. 1 S. 4 BEEG . . . . .	245
3. Schaffung von Entscheidungsfristen . . . . .	246
4. Zustimmungserklärung unter Vorbehalt . . . . .	247
5. Zwischenfazit . . . . .	248
D. Ergebnis und Folgefragen . . . . .	249

#### Kapitel 4

<b>Praktische Konsequenzen der Ausweitung des Entlassungsbegriffs</b> . . . . .	<b>251</b>
A. Verfahrensrechtliche Bindung der Arbeitsgerichtsbarkeit . . . . .	252

I.	Grundsätzliche Bindungswirkung von Entscheidungen des BVerfG ...	252
II.	Umfang der Bindungswirkung .....	253
	1. Rechtlicher Umfang der Bindungswirkung .....	253
	2. Faktische Bindung bei verfassungskonformer Auslegung? .....	254
III.	Ausweg oder unerschütterliches Präjudiz? .....	255
	1. Eigenmächtige Änderungen der Rechtsprechung durch einzelne Senate .....	255
	2. Möglichkeit der Selbstkorrektur durch das BVerfG .....	256
IV.	Zwischenergebnis und Folgen für die Praxis .....	257
B.	Reichweite der verfassungskonformen Ausweitung des Entlassungsbegriffs	257
I.	Unklarheiten durch einzelfallspezifische Argumentation des BVerfG ..	258
II.	Erfordernis des fehlenden „gleichwertigen Schutzes“ .....	259
III.	Umfasste Arten von Massenentlassungen .....	260
	1. Beschränkung auf Massenentlassungen im Rahmen von Betriebs- schließungen? .....	260
	2. Ausweitung auf jegliche unternehmerische Durchführung von Massenentlassungen? .....	261
	3. Keine Pauschalität der Übertragbarkeit .....	262
IV.	Umfasste Formen des Sonderkündigungsschutzes .....	262
	1. Beschränkung auf präventive Kündigungsverbote unter behörd- lichem Erlaubnisvorbehalt .....	263
	2. Übertragbarkeit auf § 18 Abs. 1 S. 4 BEEG .....	264
	a) Keine Beschränkung des Vergleichsmaßstabs auf die Regelhaf- tigkeit der Kündigungszustimmung .....	265
	b) Höherer Schutz des BEEG bei Massenentlassungen ohne Be- triebsschließung .....	266
	aa) Sonstige Fälle regelhafter Zustimmung .....	266
	bb) Ausgeschlossene Fälle regelhafter Zustimmung .....	267
	cc) Abstrakter Vergleich der Schutzniveaus .....	268
	c) Zwischenergebnis .....	270
	3. Übertragbarkeit auf § 5 Abs. 2 PflegeZG und § 2 Abs. 3 FPfZG ...	271
	a) Vergleichbarkeit des Kündigungsschutzes nach § 18 Abs. 1 S. 4 BEEG und § 5 Abs. 2 S. 1 PflegeZG .....	271
	b) Schutzidentität aufgrund des Verweises nach § 2 Abs. 3 FPfZG	272
	c) Vergleichbares verfassungsrechtliches Schutzbedürfnis .....	273
	4. Übertragbarkeit auf § 17 Abs. 2 S. 1 MuSchG .....	273
	a) Ausschluss wegen des Charakters als kündigungsvorbereitende Maßnahme? .....	274
	b) Begrenzte Belastbarkeit der VwV-BEEG zur Regelmäßigkeit der Zulässigkeitserklärung .....	275
	c) Abstrakter Vergleich der Schutzniveaus .....	277
	d) Vergleichbares verfassungsrechtliches Schutzbedürfnis .....	278
	e) Zwischenergebnis .....	279

- 5. Übertragbarkeit auf § 168 SGB IX ..... 279
  - a) Keine Regelhaftigkeit der Zustimmungserklärung ..... 279
  - b) Vergleich der Schutzniveaus auf Grundlage der Ermessenseinschränkungen nach §§ 171, 173 SGB IX ..... 280
  - c) Fehlende verfassungsrechtliche Notwendigkeit? ..... 282
  - d) Zwischenergebnis ..... 283
- V. Umfasste Arten der Entlassung ..... 284
- VI. Zwischenfazit: Fragmentarische Übertragbarkeit ..... 285
- C. Resultierende Rechtsfragen für das Massenentlassungsverfahren ..... 285
  - I. Massenentlassungsschutz bei behördlicher Antragsstellung außerhalb des 30-Tage-Zeitraums ..... 286
    - 1. Auslösen des Massenentlassungsschutzes durch Hinzurechnung eines Arbeitnehmers mit Sonderkündigungsschutz ..... 286
    - 2. Keine Unzulässigkeit absichtlicher Staffelung von Kündigungen?..
      - a) Staffelung der Kündigungen ..... 288
      - b) Staffelung der Zustimmungsanträge ..... 289
  - II. Behandlung des Entlassungsbegriffs bei Massenentlassungen in mehreren Wellen ..... 292
    - 1. Keine Doppelberücksichtigung ..... 292
    - 2. Zweistufige Prüfung als Lösung ..... 294
    - 3. Zwischenergebnis ..... 296
  - III. Herausfallen der behördlichen Zustimmung aus der Freifrist des § 18 Abs. 4 KSchG ..... 297
- D. Bilanz der Konsequenzen ..... 299

*Kapitel 5*

- Schlussthesen** ..... 301
  - A. Thesen des 2. Kapitels ..... 302
  - B. Thesen des 3. Kapitels ..... 303
  - C. Thesen des 4. Kapitels ..... 309
- Literaturverzeichnis** ..... 312
- Stichwortverzeichnis** ..... 337